

# #GIDS facts

Jannis Figura

## Kleine Geschichte der Wehrpflicht der Bundesrepublik Deutschland

Mit Beginn der russischen Vollinvasion gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 wurde eine Diskussion zur Wiedereinsetzung der Wehrpflicht erneut entfacht. Vergangenes Jahr nannte Verteidigungsminister Boris Pistorius die Aussetzung der Wehrpflicht 2011 im Nachhinein einen „Fehler“.<sup>1</sup> Ursprünglich trat die Wehrpflicht 1956 in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Hintergrund damals war der Schutz der Bundesrepublik im Rahmen der NATO gegen eine sowjetische Aggression. Heutige Unterstützerinnen und Unterstützer der Wehrpflicht argumentieren, dass aufgrund der neuerlichen Bedrohung durch Russland eine Vergrößerung<sup>2</sup> der Bundeswehr notwendig sei, die sich nur durch eine Wehrpflicht umsetzen ließe. Kritikerinnen und Kritiker halten dagegen, dass erst die Ziele der Wehrpflicht klar definiert werden müssen,<sup>3</sup> bevor eine Debatte zu deren Wiedereinsetzung geführt werden kann. Nachfolgend wird die geschichtliche Entwicklung der Wehrpflicht in Deutschland geschildert, um Hintergrundinformationen zum heutigen Diskurs zu liefern.

### Die Einführung der Wehrpflicht 1956

Nach dem Ende der Besatzungsmacht und der Erlangung der Teilsouveränität durch die Pariser Verträge von 1954, trat die Bundesrepublik Deutschland im Mai 1955 dem Verteidigungsbündnis NATO bei. Im November desselben Jahres wurde die Bundeswehr aufgestellt und die Bundesregierung erhielt von den westlichen alliierten Siegermächten des 2. Weltkrieges den Auftrag, die eigenen Verteidigungsfähigkeiten auszubauen.<sup>4</sup> Auf der einen Seite gab es die Befürworter einer Wehrpflicht, die zur Aufstellung einer großen Armee mit bis zu 500.000 Soldaten genutzt werden sollte. Auf der anderen Seite fürchteten Kritiker, dass die Wehrpflicht ein weiteres Hindernis für die Wiedervereinigung sei und sprachen sich für eine kleinere Berufs- und Freiwilligenarmee aus. Die Befürworter setzten sich durch und somit wurde 1956 die Wehrpflicht mit dem Wehrpflichtgesetz eingeführt und 1968 mit der sog. Notstandsverfassung in Artikel 12a im Grundgesetz verankert.<sup>5</sup> Die Wehrpflicht gilt seitdem für alle deutschen

<sup>1</sup> Ismar et al. 2023.

<sup>2</sup> Mit Vergrößerung ist die Erreichung der gegenwärtigen Sollstärke von 203.000 Soldatinnen und Soldaten sowie eine potenzielle Aufwuchsfähigkeit im Verteidigungsfall gemeint.

<sup>3</sup> So jüngst Dr. Claudia Major (SWP) bei der Sendung Markus Lanz, Der Talk am 24.1.2024; in: <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-24-januar-2024-100.html>, zuletzt aufgerufen am 25.01.2024.

<sup>4</sup> Fritsch 2020.

<sup>5</sup> Richter 2022: 892.

Männer zwischen 18 und 45 Jahren - oder bis zu ihrem 60. Lebensjahr im Spannungs- und Verteidigungsfall. Allerdings besteht das Recht, den Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen zu verweigern und stattdessen einen zivilen Ersatzdienst zu leisten.<sup>6</sup>

## Das freiheitlich-demokratische Selbstverständnis der Bundeswehr als Wesenskern

Bereits 1953 wurde das Konzept der „Inneren Führung“ erlassen, auf dessen Grundlage Soldaten ihren Dienst als „Staatsbürger in Uniform“ leisten sollen. Dieses Konzept hält sowohl wehrpflichtige als auch freiwillige Soldaten dazu an, sich politisch und ethisch zu bilden, um als mündige und aufgeklärte Staatsbürger Verantwortung übernehmen zu können und der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu dienen.<sup>7</sup> Des Weiteren wurde 1956 durch Artikel 45b des Grundgesetzes ebenfalls das Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages geschaffen. Als Hilfsorgan des Bundestages unterstützt dieses Amt bei der parlamentarischen Kontrolle der Bundeswehr. Zeitgleich dient es dem Schutz der Grundrechte aller Soldaten.<sup>8</sup>

## Die Wehrpflicht zur Zeit des Kalten Krieges

Die ersten Wehrpflichtigen leisteten ab dem 1. April 1957 für zwölf Monate Dienst. Allerdings variierte die Länge des Wehrdienstes im Laufe des Kalten Krieges und wurde an dessen Verschärfungs- und Entspannungsphasen angepasst. Zum Beispiel wurde zur Hochphase zwischen 1962 und 1972 der Wehrdienst auf 18 Monate verlängert und anschließend bis zur Wiedervereinigung wieder auf 15 Monate herabgesetzt.<sup>9</sup> Zeitweilig verfügte die Bundeswehr über ca. 495.000 Soldaten und

hätte im Verteidigungsfall durch die Einberufung von Reservisten auf rund 1,3 Millionen anwachsen können.<sup>10</sup>

Die Wehrpflicht sorgte für einen ständigen Zustrom neuer Soldaten aus allen Bevölkerungsschichten. Da die Wehrpflichtigen auch nach ihrem Dienst weiterhin als Reservisten eine Verbindung zur Bundeswehr hatten und andere Wehrpflichtige sich sogar dazu entschlossen, ihre Dienstzeit zu verlängern, wird auch oft von einer demokratischen Kontrolle von innen gesprochen. Der ständige Personalaustausch sorgte schließlich dafür, dass sich die Bundeswehr in der Gesellschaft zunehmend verankerte.<sup>11</sup> Allerdings war es Frauen laut Grundgesetz verboten, Dienst an der Waffe zu leisten, weshalb sie auch von der Wehrpflicht ausgenommen waren. Erst 1975 durften sie sich im Rahmen des Sanitätsdienstes freiwillig bei der Bundeswehr einbringen und ab 1991 dann auch beim Militärmusikdienst. Ab 2001 war es ihnen dann erlaubt, alle militärischen Laufbahnen zu durchlaufen und auch den Dienst an der Waffe zu leisten. Frauen sind aber nach wie vor von der Wehrpflicht ausgenommen, können jedoch zu bestimmten zivilen Dienstleistungen im Verteidigungsfall verpflichtet werden, wenn für diese Dienste nicht genügend Freiwillige zur Verfügung stehen.<sup>12</sup>

## Die Wiedervereinigung und folgende Auslandseinsätze der Bundeswehr

Mit der Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Krieges änderte sich das Aufgabenprofil der Bundeswehr, was sich ebenfalls auf die Wehrpflicht auswirkte. Im Übrigen verpflichtete sich Deutschland in Art. 3 Abs. 2 des Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (2+4-Vertrag), die deutschen Streitkräfte auf eine Anzahl von 370.000 Soldaten zu reduzieren. Die Bundeswehr sollte mit Blick auf die Zukunft

<sup>6</sup> Bundeszentrale für politische Bildung 2016.

<sup>7</sup> Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages 2017.

<sup>8</sup> Deutscher Bundestag 2021.

<sup>9</sup> Bundeswehr o.D. a.

<sup>10</sup> Bundeswehr o.D. b.

<sup>11</sup> Kujat 2011.

<sup>12</sup> Bundeswehr o.D.a.

verstärkt auf internationale Friedensmissionen vorbereitet werden. Diese Missionen bestehen im Vergleich zur Landesverteidigung in der Regel aus deutlich kleineren militärischen Verbänden. Wegen des geringeren Personalbedarfs und der sinkenden Haushaltsmittel für die Bundeswehr

wurde 2002 die Dauer der Wehrpflicht erst auf 9 Monate und 2011 auf 6 Monate herabgesetzt. Im Jahr 2011 wurde die Wehrpflicht dann schließlich ausgesetzt und die Bundeswehr damit zu einer Freiwilligenarmee.<sup>13</sup>

<sup>13</sup> Bundesministerium der Verteidigung 2013.

---

## Literaturverzeichnis

Bundesministerium der Verteidigung (2013): Die Bundeswehr im Einsatz: Entstehung, Entwicklung, Überblick, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975292/729870/de83df5eed3d4c2c2e-887be5542c6248/die-bundeswehr-im-einsatz-download-bmvg-data.pdf?download=1>, zuletzt aufgerufen am 25.01.2024.

Bundeswehr (o. D. a): 1955 bis 1990: Von der Gründung der Bundeswehr mitten im Kalten Krieg, <https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/schwerpunkte/65-jahre-bundeswehr/1955-1990-gruendung-bundeswehr>, zuletzt aufgerufen am 25.01.2024.

Bundeswehr (o. D. b): Die Bundeswehr im Kalten Krieg, <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/geschichte-bundeswehr/kalter-krieg>, zuletzt aufgerufen am 25.01.2024.

Bundeszentrale für politische Bildung (2016): 1956: Das Wehrpflichtgesetz tritt in Kraft, 20.07.2016, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/231388/1956-das-wehrpflichtgesetz-tritt-in-kraft/>, zuletzt aufgerufen am 25.01.2024.

Deutscher Bundestag (2021): Stichwort – Die Wehrbeauftragte, <https://www.btg-bestellservice.de/pdf/20209000.pdf>, zuletzt aufgerufen am 25.01.2024.

Fritsch, Johann (2020): Vor 65 Jahren: Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO, in: BMVg vom 04.05.2020, <https://www.bmvg.de/de/vor-65-jahren-beitritt-bundesrepublik-deutschland-nato>, zuletzt aufgerufen am 25.01.2024.

Ismar, Georg/Richter, Nicolas/Szymanski, Mike (2023): Pistorius besorgt um Bundeswehr: Die 100 Milliarden werden nicht reichen,

in: Süddeutsche Zeitung vom 27.01.2023, <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-ukraine-pistorius-1.5740569>, zuletzt aufgerufen am 25.01.2024.

Kujat, Harald (2011): Das Ende der Wehrpflicht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48/2011, S. 3–7, <https://www.bpb.de/system/files/pdf/JTOR09.pdf>, zuletzt aufgerufen am 25.01.2024.

Richter, Christian (2022): Die demokratische Antwort des Staatsbürgers auf den Angriffskrieg – Über die gebotene Wiedereinsetzung der allgemeinen Wehrpflicht, in: Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft 75 (23), S. 979–988.

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2017): Die Konzeption der „Inneren Führung“ der Bundeswehr: Entstehungsgeschichte – Inhalte – Herausforderungen (WD 2 – 3000 - 041/17), 16.05.2017, <https://www.bundestag.de/resource/blob/513082/da6d3a256102e8fd-1325d0c580981561/WD-2-041-17-pdf-data.pdf>, zuletzt aufgerufen am 25.01.2024.

Dieses Papier wird vom German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) veröffentlicht. Es gibt die Meinung der Autor:innen wieder und stellt nicht zwangsläufig den Standpunkt des GIDS dar.

Erscheinungsjahr: 2024

GIDS  
German Institute for Defence and Strategic Studies  
Führungsakademie der Bundeswehr  
Manteuffelstraße 20 · 22587 Hamburg  
Tel.: +49 (0)40 8667 6801  
[buero@gids-hamburg.de](mailto:buero@gids-hamburg.de) · [www.gids-hamburg.de](http://www.gids-hamburg.de)